Luzerner Tagblatt.

Sechsunddreißigster Jahrgang.

№ 259.

Abonnementspreis:

	Jährlich	6 Monate	3 Monate
Durch die Post bestellt	Fr. 12.80	Fr. 6.40	Fr. 3.40
Für Luzern zum Bringen	„ 12.—	„ 6.—	„ 3.—
„ Abholen	„ 10.—	„ 5.—	„ 2.50

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.

Redaktions- und Expeditions-Büreau: St. Jakobsvorstadt 565 K.

Insertionspreis.

Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Ctr.
Für Wiederholungen . . . . . 8 „

Inserat-Annahme, größere bis 9 Uhr, kleinere bis 10½ Uhr, im Expeditions-Büreau. — Auskunft über Inserate ebendaselbst oder durch Telephon. — Schriftliche Auskunft über Inserate gegen Einsendung der betr. Rückfrankatur in Postmarken.

Freitag, — Jeden Freitag eine belletristische Beilage: „Wöchentliche Unterhaltungen" — den 4. November 1887.

Die Nationalrathswahlen in den katholischen Kantonen.

I.

Luzern.

Nachdem der vom konservativen Komite der Stadt Luzern für die Nationalrathswahlen im 11. eidg. Wahlkreis geladene Schuß in's Leere gegangen ist, hat sich die konservative Presse nach dem Sprichworte eingerichtet: Man muß gute Miene zum bösen Spiel machen. Der ellatante Mißerfolg des konservativen Feldzuges wird à la logère, was man zu deutsch „pomadig" nennt, behandelt. In dieser Beziehung zeichnet sich namentlich das „Vaterland" aus; in seinen Betrachtungen über den Ausfall der Nationalrathswahlen im 11. Kreis sagt es: „Wäre die katholische und protestantische (soll wohl heißen: orthodox-protestantische) Partei in der Schweiz durch eine schändliche Wahlkreiskünstelei nicht um Dutzende von Mandaten übervortheilt, so würden die Konservativen sicher nicht mit scheelen Augen auf die Vertretung des 11. Kreises hinblicken, sondern auch der luzernischen Opposition gönnen, was ihr an und für sich von Rechtswegen gebührt.... Der Ausgang des Kampfes war der Parteileitung, nachdem die »Hosensackäustmacher« unter den Arbeitern und Altkatholiken ihr gegen Hrn. Wüest schlechtgeschliffenes Schwert in die Scheide zurückgestoßen, sofort klar. Aber sie fragte sich doch, ob nicht ein thatsächlicher Protest gegen den Radikalismus in der Schweiz, dessen Vertreter unsere Nationalräthe sind, und speziell für Luzern angezeigt sei. Die wesentlichen Gründe für Betheiligung waren im Aufruf enthalten. Wir können nur einen beifügen: Den Altkatholiken war die Haltung des Hrn. Wüest zu wenig stramm, den Katholiken gefiel sie noch viel weniger. In solchen Angelegenheiten kennen sie keine Ausflüchte und anerkennen noch viel weniger Stimmabgaben zu Gunsten dieser Sekte. Daher erging der Ruf des Protestes gegen den durch die HH. Wüest und Vonmatt vertretenen Altkatholizismus speziell vom Land aus."

Diese ganze Darlegung legt wieder einmal so recht von dem verbissenen Konfessionalismus unserer Ultramontanen Zeugniß ab. Jedermann weiß, daß die HH. Vonmatt und Wüest der altkatholischen Kirche nicht angehören und daß speziell die Altkatholiken mit Hrn. Wüest sehr unzufrieden sind — ob mit oder ohne Grund, mag hier unerörtert bleiben. In der Mariahilf-Angelegenheit haben die beiden Vertreter des 11. Wahlkreises allerdings durchgehends mit der Linken gestimmt, wie es Niemand anders erwarten durfte, und sie haben zur guten Letzt auch das Kompromiß angenommen, welches von der Ständeraths-Kommission vereinbart und vorgeschlagen wurde und das in beiden Räthen eine große Mehrheit erhalten hat; auch die ultramontanen luzernischen Repräsentanten stimmten demselben zu. Wenn nun aus dieser Mariahilf-Affaire der Grund zur Opposition im 11. Wahlkreis hergeholt wurde, so zeugt dieß einmal mehr von der konfessionellen Engherzigkeit der Ultramontanen, die es nicht zu verwinden vermögen, daß Jemand in einer Frage, deren staatsrechtlicher Charakter den konfessionellen weit überwog, anders denkt und stimmt, als sie. Man könnte vielleicht selbst insoweit von einer heimtückischen Politik sprechen, als die Zustimmung zu einem Kompromiß, das in Bern mit den Ultramontanen vereinbart worden war, den liberalen Repräsentanten zu Hause nun als Sünde angerechnet wird, während man über die Zustimmung der ultramontanen Repräsentanten den Mantel der Liebe und Vergessenheit schwingt.

Aber so leichten Kaufs können wir die ultramontane Parteileitung immer noch nicht entlassen; wir müssen sie vielmehr an das erinnern, was sie vor dem 30. Oktober that. Tags vor den Nationalrathswahlen erschien eine Proklamation des konservativen Komites in der ultramontanen Presse wie in Tausenden von Separatabzügen, in welcher folgende Saft- und Kraftstellen vorkamen:

„In Bern werden die volkswirthschaftlichen Gesetze und Beschlüsse erlassen, von Bern droht ein eidgenössisches Schulgesetz, das die Konfessionslosigkeit und Entchristlichung der Schule bringen soll, in Bern entscheidet man, ob die Kirchengüter unantastbar oder ihrem Zwecke entfremdet werden dürfen. Werthe Mitbürger! Wir hegen ernste Zweifel daran, ob die jetzigen Vertreter des 11. Kreises in diesen wichtigsten Fragen den wahren Willen der Mehrheit repräsentiren. Oder wollt Ihr, daß baldmöglichst das kantonale Leben mit allen seinen berechtigten Eigenthümlichkeiten der eidgenössischen Verwaltungsmaschine weiche? Wollt Ihr nicht nur einen Schulvogt, sondern dazu noch ein Schulgesetz, das Gott und die Religion aus der Schule verbannt? Ist es Euer Wille, daß über katholische Kirchengüter in einer Weise, wie es in Bern geschehen wollte, verfügt werde? Wenn ja, stimmt den bisherigen Vertretern, die, vor Allem radikale Parteiführer, diese Bestrebungen nach Kräften unterstützt haben."

Mag man über die herkömmliche Prosa ultramontaner Wahlaufrufe denken wie man will, das hieß denn doch den Teufel mit den schwärzesten Farben und den längsten Hörnern an die Wand malen! Entweder, oder! Entweder sprach das konservative Komite mit obigen Sätzen die Wahrheit, und dann ist es unverzeihlich gehandelt, daß die konservativen Wähler sich so flau an der Abstimmung betheiligt, die Sache der Kirche, des Katholizismus auf so schmähliche Weise im Stiche gelassen haben; oder das konservative Komite machte mit jenen volltönenden Tiraden den Wählern den üblichen Hokuspokus vor, was diese einsahen und aus diesem Grunde sich nicht die Mühe nahmen, der dringenden Einladung des Komites um vollzähligen Aufmarsch Folge zu leisten. Ein Drittes gibt es nicht; die Proklamation des vom „Surs. Landboten" so geheißenen aristokratischen Komites war genügend verbreitet worden, auf daß jeder konservative Wähler davon Kenntniß hat haben können. Nichtkenntniß der Proklamation kann jedenfalls als Grund der von der ultramontanen Presse behaupteten flauen Betheiligung der konservativen Stimmberechtigten nicht vorgeschützt werden.

Wir entscheiden uns für das zweite Glied obiger Alternative, das „Oder". Die „Religionsgefahr" ist selbst bei den Konservativen im Kredite stark gesunken, das Futter wird ihnen zu häufig vorgesetzt! Sie wissen, daß man derartige Phrasen nicht auf die Goldwaage legen darf, daß es sich lediglich um das stereotype Feuerwerk handelt, welches der konservativen Wählerschaft das Signal zur Mobilisirung geben soll. Weiter haben diese konfessionellen Raketen, Schwärmer und Petarden keinen Zweck. Es ist zu wünschen, daß die konservative Wählerschaft sich auch künftig vor Augen halte, daß das Geklingel mit der „Religionsgefahr" nicht ernst zu nehmen ist, daß es lediglich das rothe Tuch bedeuten soll, durch dessen Vorhalten ein gewisses Hausthier so in Aufregung gebracht wird, daß es blindlings alles niederrennt, was ihm in den Weg kommt.

Der zunehmenden Erkenntniß dieser Thatsache ist es auch wohl zuzuschreiben, daß die liberale Partei im 11. Wahlkreis in steiger Zunahme begriffen ist, was sich ziffermäßig nachweisen läßt. Bei den Nationalrathswahlen von 1878, wo die HH. Vonmatt und Gemeindeammann Zumbühl einander gegenüberstanden (Hr. Alt-Bundesrath Knüsel stand auf beiden Listen), betrug die Mehrheit der liberalen Stimmen 317; im Jahr 1881 (Wüest gegen Schmid-Ronka — es ist immer derjenige liberale Kandidat, welcher die wenigern Stimmen hatte, mit demjenigen konservativen Kandidaten, welcher die größere Stimmenzahl auf sich vereinigte, in Vergleich gesetzt) betrug die liberale Mehrheit 400, im Jahre 1884 (Wüest gegen Schmid-Ronka) 582 und im Jahre 1887 (Wüest gegen Segesser-Crivelli) 1308 Stimmen. Es ist somit ein konstantes Wachsen des liberalen Stimmenüberschusses konstatirt, wobei im Uebrigen zugegeben werden mag, daß der große Sprung von 1884 auf 1887 zum Theil der etwas spät eingetretenen konservativen Agitation zuzuschreiben ist.

Diese stete Progression bietet uns Gewähr dafür, daß der 11. Wahlkreis für die Konservativen definitiv verloren ist, vorausgesetzt natürlich, daß die liberale Parteileitung an Haupt und Gliedern jeweilen die Hände nicht müßig in den Schooß lege, sondern ihre Pflicht thue. Diese Gewißheit wird es den liberalen Parteiführern auch ermöglichen, künftig namentlich dem 13. eidg. Wahlkreis größere Aufmerksamkeit und Obsorge zuzuwenden.

Eidgenossenschaft.

△ **Bundesstadt.** Das Büreau des Nationalrathes hat heute (2. November) die Kommission für Vorberathung des Budgets pro 1888, die noch vor Zusammentritt der eidg. Räthe sich zu versammeln ha., bestellt aus den HH. Zemp (Luzern), als Präsident, Aeby (Freiburg), Favon (Genf), Grosjean (Neuenburg), Heitz (Thurgau), Hermann (Obwalden), Isler (Aargau), Paschoud (Waadt), Stämpfli (Bern), Sulzer (Zürich) und Vigier (Solothurn).

— **Pariser Weltausstellung.** (Mitgetheilt.) Dem Vorort des schweiz. Handels- und Industrie-Vereins ist vom schweiz. Handelsdepartement eine Anzahl Exemplare des Generalreglements für die Pariser Weltausstellung von 1889 zugestellt worden. So weit der Vorrath reicht, können Interessenten einzelne Exemplare beim Sekretariat des genannten Vorortes (Börsengebäude Zürich) beziehen.

Luzern. Wenn wir gut berichtet sind, ist das laut Beschluß des Verwaltungsrathes der hiesigen Dampfschiffgesellschaft zu erstellende neue Salonboot mittlerer Größe zur Bedienung der Alpnacher Route bestimmt. Mit dem nächsten Sommer wird die Brünigbahn für die Strecke Brienz-Meiringen-Alpnach dem Verkehr übergeben und sich daher ein lebhafterer Verkehr auf der Dampfschiffroute Luzern-Alpnach einstellen; auch nach der Eröffnung der Bahnstrecke Alpnach-Luzern wird sich wohl die Dampfschiffgesellschaft angelegen sein lassen, von dem Passagierverkehr von und nach Alpnach einen möglichst großen Theil auf die Seeroute zu verlegen.

Für die Stadt Luzern wird die Eröffnung der Brünigbahn insoweit einen Nachtheil bringen, als sehr wahrscheinlich eine direkte Dampfbootverbindung zwischen Alpnach und Vitznau, also zwischen dem Berner Oberland und dem Rigi mit Umgehung der Stadt Luzern, eingerichtet wird. Dießfällige Begehren sind schon früher an die Verwaltung der hiesigen Dampfbootgesellschaft gestellt, von derselben aber bis jetzt abschlägig beschieden worden. Mit der Erstellung der Brünigbahn ist nun aber diese Verkehrsfrage in ein verändertes Stadium getreten und die genannte Verbindung wird nun wohl zu Stande kommen.

— * Sämmtliche Theilnehmer am Kurse für Offiziersbildungsschüler der Infanterie aus dem IV. Divisionskreise werden vom Schulkommando zur Brevetirung vorgeschlagen. Bekanntlich weist auch unser Etat des Offizierskorps Lücken auf, obgleich diese noch lange nicht so groß, ja eigentlich bedenklich sind, wie — wenigstens im Auszuge — in manch' anderem Kanton, resp. Divisionskreise.

— * Es bleibt nachzutragen, daß letzten Sonntag zu Geschwornen der Stadt Luzern die vom liberalen Komite vorgeschlagenen 18 Kandidaten gewählt worden sind, nämlich die HH. Zemp Albert, Handelsmann, Pfyffer-Balthasar L., Stadtrathspräsident, Schirmann A., Stadtschreiber, Bucher Joh., Lehrer, Stdler Heinrich, Turnlehrer, Leu A., Bez.-Richter, Dr. Wanner M., Archivar, Zumbühl Ad., Hypothekarschreiber, Burri Joh., Fürsprech, Muth Bl., Wirth, Sidler Joh., Finanzsekretär, Tschopp Alois, Wirth, Widmer Leonz, Geschäftsagent, Helfenstein Felix, Baumeister, Furrer Eduard, Gotthardbahn-Angestellter, Zimmermann Ludwig, Fürsprech, End Frz. Jos., Maler.

Es waren 18 Namen aufgestellt. Die Konservativen machten keine Opposition, und die Betheiligung an der Nomination war eine geringe.

Zürich. (Korr. vom 2. November.) Der heutige Tag war für die Konservativen, welche durch Subvention den „Stadtboten" erhalten und dadurch die Existenz seines Redaktors, Eduard Attenhofer, ermöglichen, kein rosiger. Nach langer Pause kam die Appellation dreier von Attenhofer durch Jahre hindurch Verfolgter vor das Obergericht. Zuvor wurde konstatirt, daß der Hauptzeuge Attenhofers, Hauptmann a. D. Ehrenberg aus Darmstadt, log, als er behauptete, seit 1884 keine Politik mehr zu treiben. Die vorgetrige Haussuchung wird sicher die Ausweisung wegen Asylbruchs veranlassen und wahrscheinlich eidgenössische Untersuchung zur Folge haben. Man behauptet, es handle sich um den Verkauf von Festungsplänen. Die Zeugenaussage von Polizeihauptmann Fischer schlug zu Ungunsten Attenhofers um; denn er wußte von keinen Thatsachen zu berichten, welche die Behauptung Attenhofers erhärten: Krüger und Stierli beschäftigten sich mit anarchistischen Umtrieben.

Dr. Amsler, Anwalt dieser Beiden, hatte nachzuweisen, daß die Beschuldigung des Anarchismus und anderer Angriffe auf die moralische Qualität seiner Klienten als Verläumdung zu taxiren sei. Er that dies mit Erfolg, sowie er auch der Jahre langen Verfolgung verschiedener Männer durch Attenhofer das politische Mäntelchen abriß und klarstellte, daß der „Stadtbote" sich durch Skandal und Befriedigung niedriger Instinkte aufrecht erhalte.

Heller, Attenhofers Anwalt, holte eine Reihe unerwiesener Verdächtigungen, auch theilweise gerichtlich widerlegter Behauptungen hervor, um ein trübes Bild der Kläger hervorzubringen.